

Leitung verwehrt "öffentliche Inspektion" Demonstranten fordern Schließung von Abschiebelagern

Schwerin · "Ich werde sicherlich bald abgeschoben. Wehre ich mich nicht gegen diese Verhältnisse, werde ich auch abgeschoben. Also wehre ich mich lieber."- Mit diesen Worten begründete ein Asylbewerber aus dem Abschiebelager im niedersächsischen Bramsche-Hesepe seine Teilnahme an einer Protestkundgebung gegen die Lagerunterbringung am vergangenen Wochenende. Das Komitee für Grundrechte und Demokratie hatte in Kooperation mit dem "NoLager-Netzwerk" zu einem Aktionstag gegen das Abschiebelager für über 500 Menschen aufgerufen. (Siehe Wortlaut des Aufrufs oben.) Daran beteiligten sich nach Angaben der Veranstalter rund 450 Personen. Die Lagerleitung verweigerte jedoch dem Grundrechtskomitee eine "öffentliche Inspektion des Lagers" durch eine Delegation von Bürgerrechtlern, Journalisten und Migranten. Das Angebot einer Führung durch das Lager für 10 Personen lehnte das Komitee als unzureichend ab. Es kam zu Rangeleien mit der angerückten Bereitschaftspolizei.

Nach Angaben des Grundrechtskomitees wurden Flüchtlinge aus dem Lager, die zu der Kundgebung wollten, nur einzeln durch ein Spalier aus Polizisten und Absperrungen nahe der Lagerpforte herausgelassen. Zuvor hätten sich viele der Lagerbewohner mit ihren Kindern der Demonstration für die Schließung des Lagers angeschlossen. Auf Pappschildern forderten sie: "Das Lager muss weg! Wir bleiben hier."

Im Rahmen einer "Aktionstour" gegen die Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen in Lagern protestierte das NoLager-Netzwerk am nächsten Tag auch in Horst bei Boizenburg und später vor dem Containerlager Schwerin-Görries gegen diese Art der Unterbringung von Asylbewerbern. Nach Angaben der Polizei kam es auch vor dem Lager in Horst zu Rangeleien, als bis zu 50 Demonstranten versucht hätten, ein verschlossenes Eisentor aufzubrechen.

Das "NoLager-Netzwerk" ist ein bundesweiter Zusammenschluss antirassistischer, feministischer und autonomer Gruppen, in dem Flüchtlingsselbstorganisationen eine zentrale Rolle spielen. Der Protest richtete sich nach Angaben der Veranstalter gegen die abgelegene Lage der Heime sowie gegen "die derzeit mit Hochdruck forcierte EU-Lagerpolitik in Nordafrika", durch die Flüchtlinge schon vor den Grenzen der Europäischen Union abgefangen werden sollten.

Das Schweriner Innenministerium hatte mitgeteilt, dass das Land die Erstaufnahmestelle für Asylbewerber in Horst Ende Juni teilweise in eine Landesgemeinschaftsunterkunft (LUG) umgewandelt habe. Grund dafür sei die schlechte Auslastung des Lagers gewesen. Von den derzeit zur Verfügung stehenden 650 Plätzen in Horst seien derzeit nur knapp 90 belegt. *aud / epd*

Dokumentation: **Kaum Luft zum freien Atmen**

 **DRUCKEN**  **VERSENDEN**  **LESERBRIEF**

[◀ZUM VORHERIGEN ARTIKEL](#) [▶ZUR ÜBERSICHT](#)

[document info]

Copyright © Frankfurter Rundschau online 2005
Dokument erstellt am 27.09.2005 um 17:08:28 Uhr
Erscheinungsdatum 28.09.2005

http://www.fr-aktuell.de/ressorts/nachrichten_und_politik/nachrichten/?cnt=732882&

ASYL

Gruppen sorgen sich um Schutz von Flüchtlingen

Berlin · Die Menschenrechtsorganisationen Amnesty International und Pro Asyl haben eine deutliche Verschlechterung des Flüchtlingsschutzes in Deutschland beklagt. Von Verfolgung bedrohten Menschen werde massenhaft ihr Flüchtlingstatus wieder aberkannt. 2004 habe es bei nur 2000 anerkannten Asylberechtigten 17 000 Widerrufverfahren gegeben. Es sei völkerrechtswidrig, so viele Flüchtlinge "abschiebungsreif" zu machen, kritisierte der Asylexperte von Amnesty, Wolfgang Grenz, am Dienstag in Berlin. "Die Bundesregierung wird ihrer Verpflichtung, Flüchtlinge aufzunehmen, nicht gerecht." Die Organisationen forderten die künftige Regierung auf, Schwächen im Zuwanderungsgesetz zu beseitigen und den Flüchtlingsschutz zu verbessern. Dieser sei "löchriger als ein Schweizer Käse". *Dpa*

[document info]

Copyright © Frankfurter Rundschau online 2005
Dokument erstellt am 27.09.2005 um 17:32:51 Uhr
Erscheinungsdatum 28.09.2005